

■ Forderungen der deutschen Versicherer

Alle gesellschaftlichen Gruppen sind aufgefordert, durch vorausschauendes Verhalten die Folgen des Klimawandels abzumildern und die Treibhausgas-Emissionen nachhaltig zu senken. Nur gemeinsam lassen sich Anpassungsmaßnahmen umsetzen und künftige Schäden wirtschaftlich beherrschen.

■ Forderungen an die Politik

Bund und Länder müssen ihren Aufgaben beim Schutz gegen Naturgefahren mehr als bisher gerecht werden. Dabei müssen Gesetze und Vorschriften an den künftigen Entwicklungen ausgerichtet und deren Inhalt und Umsetzung regelmäßig überprüft werden.

Bundespolitik:

- Der rasante Ausbau der Offshore-Windparks stellt eine Herausforderung für die Bereitstellung der dafür erforderlichen Versicherungskapazitäten dar. Der Versicherungsschutz großer Anlagen geht in die Milliardenhöhe, der allerdings nur begrenzt auf dem Markt verfügbar ist. Um den Ausbau der Windenergie und vergleichbarer Zukunftsprojekte nicht zu verlangsamen, wäre es wünschenswert, die Versicherungswirtschaft frühzeitig bei der Festlegung neuer energiepolitischer Zielsetzungen in den Prozess mit einzubeziehen.
- Die Klimaforschung und die Klimafolgenforschung müssen weiter gefördert und gefordert werden. Zahlreiche Themen, wie etwa das Auftreten von Extremwetterereignissen mit Starkregen, Hagel und Tornados, müssen verstärkt beforscht und in die Klimamodelle integriert werden.
- Die gemeinsame Kampagne des Freistaates Bayern und der Versicherungswirtschaft hat zu einer spürbaren Zunahme der Versicherungsdichte bei Elementarschaden-Versicherungen geführt. Eine bundesweite von allen Ländern getragene Kampagne ist deshalb wünschenswert. Dabei ist wichtig, dass von Seiten des Bundes und der Länder klar kommuniziert wird, dass, wer auf möglichen privaten Versicherungsschutz verzichtet, nicht auf staatliche Hilfen im Katastrophenfall hoffen kann.
- In der Landwirtschaft müssen die Voraussetzungen für eine Mehrgefahrenversicherung gegen Naturgefahren geschaffen werden. Hierzu gehört die Harmonisierung der Steuersätze für sämtliche Naturgefahren auf dem Niveau der heutigen Hagelversicherung. Gleichzeitig muss das Risikomanagement und die Eigenvorsorge der Landwirte gestärkt und dies bei der anstehenden Umverteilung der Fördermittel berücksichtigt werden.

Landespolitik:

- Die Flächennutzungsplanung muss vorhandene Risikogebiete berücksichtigen, extrem hochwassergefährdete Regionen sind kein Bauland.
- Rückhalte- und Überflutungsflächen müssen klar ausgewiesen werden, um die Wirkung von Extremniederschlägen abzumildern.
- Informationen zu Extremwetterereignissen müssen der breiten Öffentlichkeit rasch und ungehindert zur Verfügung gestellt werden.
- Lehrpläne für Schulen und Betreuungsinhalte für Kindergärten müssen die Voraussetzungen für ein grundlegendes Verständnis für die Ursachen und Folgen des Klimawandels schaffen.
- Maßnahmen sind länderübergreifend zu planen und abzustimmen.

■ Forderungen an Städte und Gemeinden

Gebiete, die durch Naturereignisse maßgeblich gefährdet sind, sind kein Bauland. Städte und Gemeinden setzen die Bürger unkalkulierbaren Gefahren aus, wenn sie weiterhin Baugebiete in gefährdeten Gebieten ausweisen.

- Städte und Gemeinden müssen Flächen als Rückhalte- und Überflutungsflächen ausweisen.
- Entwässerungssysteme sind so auszulegen, dass auch künftige Starkregenmengen sicher abgeführt werden können.
- Vorausschauender Hochwasserschutz ist gefragt: Mobile Hochwasserschutzsysteme haben sich im Kampf gegen die Fluten als flexible und schnell einsetzbare Schutzsysteme bewährt. Sie ergänzen die klassischen Schutzsysteme wie Deiche und Dämme. Regelmäßige Katastrophenschutzübungen mit der Bevölkerung wirken nachhaltig.

■ Forderungen an Bauplaner und Architekten

Architektonische Freiheit und Naturgefahrenschutz sind kein Widerspruch. Architekten und Bauplaner können bereits mit einfachen Mitteln Schäden wirkungsvoll vermeiden:

- Dachkonstruktionen müssen an höhere Sturmbelastungen angepasst werden.
- Bei der energetischen Sanierung müssen Baumaterialien eingesetzt werden, die den zu erwartenden Naturgefahren wie Hagelschlag Widerstand bieten.
- Öffnungen sollten gegen Starkregen und Oberflächenwasser geschützt werden.

■ Forderungen an die Wirtschaft

Neue Technologien – besonders im Rahmen der erneuerbaren Energien – sind der Schlüssel zum wirksamen Klimaschutz. Die deutschen Versicherer verfügen über eine umfangreiche Expertise, die die Wirtschaft im Entwicklungs- und Produktionsprozess schon frühzeitig nutzen kann.¹ Dadurch bekommt der Hersteller maßgeschneiderte Versicherungslösungen für neue Produkte.

- Um neue Technologien für die Gewinnung erneuerbarer Energien zu versichern, müssen die Versicherer frühzeitig in Entwicklungsprozesse einbezogen werden.

¹ siehe GDV-Broschüre: Erneuerbare Energien: Gesamtüberblick der Technischen Versicherer im GDV über den technologischen Entwicklungsstand und das technische Gefährdungspotential. Berlin 2010. 386 Seiten. www.gdv.de.

■ Auch Hausbesitzer sollten handeln

Die Auswirkungen eines Hochwassers sind meist nur präsent, wenn große Flüsse über die Ufer treten und das Fernsehen Bilder zeigt, auf denen Wassermassen Autos wie Spielzeug durch die Straßen treiben. Aber dass einem Hausbesitzer durch Starkregen der Keller vollläuft und dadurch ein hoher Schaden entsteht, kommt viel häufiger vor als ein sogenanntes Jahrhunderthochwasser mit medienwirksamen Katastrophenbildern.

Nur wer die Gefahren und die Vorsorgemöglichkeiten kennt, kann wirksam handeln. Der eigene, persönliche Beitrag zur Schadenprävention ist dabei nicht zu unterschätzen:

- Alternative Energiequellen sollten sinnvoll genutzt werden. Dabei muss genau geprüft werden, welche Energiequellen am besten passen (Photovoltaikanlagen, Geothermie, Solarthermie etc.).
- Bauvorhaben müssen vorausschauend geplant und durchgeführt werden, z. B. bei der Auswahl des Bauplatzes oder bei der Wahl der Baumaterialien.
- Eine Reihe von Schutzmaßnahmen für Wohngebäude (Rückstauventil, Rückstauklappen, Hebeanlagen, Dachverstärkung, Tauchpumpen und Notstromgeneratoren) sind heute möglich. Viele Menschen halten diese Maßnahmen zwar für sinnvoll, nutzen sie aber nicht, da ihnen die Kosten zu hoch erscheinen.
- Jeder Hausbesitzer sollte wissen, ob sein Wohngebäude und die von ihm bewohnte Gegend überschwemmungsgefährdet ist. Aus diesem Grund präsentiert die Versicherungswirtschaft 2012 zusammen mit dem HochwasserKompetenzCentrum in Köln den sogenannten Hochwasserpass. Der Hochwasserpass ermöglicht individuelle Risikoanalysen und benennt konkrete Präventionsmaßnahmen. Weitere Informationen: www.hkc-koeln.de.
- Unwetterwarndienste bieten eine gute Möglichkeit, rechtzeitig Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Einige Versicherer informieren ihre Kunden bereits regelmäßig über aktuelle Sturmwarnungen.

■ Präventionsmaßnahmen für Hausbesitzer in Hochwasserregionen

Ein wichtiger Beitrag für die Versicherbarkeit von Gebäuden in stark gefährdeten Gebieten sind schadenverhütende Maßnahmen des Hausbesitzers. Für Hochwasserregionen sollten unter anderem die folgenden Punkte berücksichtigt werden:

- Kellerfenster, Türen und Lichtschächte sind mit Sicherungssystemen gegen Eindringen von Wasser auszustatten.
- In gefährdeten Räumen – zum Beispiel im Erdgeschoss – können Fliesen mögliche Schäden minimieren.
- Wertgegenstände und teure elektrische Geräte sollten nur in den oberen Stockwerken aufbewahrt werden.